Stand: 10.05.2024 11:07:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17208

"Einheitliche Weisungen zum Schutz des Kindeswohls während und nach Asylverfahren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17208 vom 14.07.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/18213 des VF vom 30.09.2021
3. Beschluss des Plenums 18/18592 vom 27.10.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 27.10.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 14.07.2021 **Drucksache 18/17208**

Antrag

der Abgeordneten **Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Stefan Schuster, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Einheitliche Weisungen zum Schutz des Kindeswohls während und nach Asylverfahren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Kindeswohl während und nach Asylverfahren ausreichend zu schützen und in den Vordergrund zu stellen. Konkret müssen die Ausländerbehörden angewiesen werden, das Kindeswohl bei Entscheidungen betreffend das Aufenthaltsrecht der betroffenen Kinder sowie deren Eltern besonders zu berücksichtigen. Familiäre Lebensgemeinschaften müssen hierbei unbedingt geschützt werden, da sie fundamental wichtig für die Kindesentwicklung und die Würde des Kindes sind. Hierzu sind seitens der Staatsregierung Vorgaben, Empfehlungen und Weisungen gegenüber den Ausländerbehörden zu erlassen, die u. a. folgende Punkte beinhalten:

- Das Wohl, die Erziehung und die Personensorge eines aufenthaltsberechtigten minderjährigen Kindes sind nach § 25 Abs. 5 Satz 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) als ein in absehbarer Zeit nicht wegfallendes Ausreisehindernis zu verstehen.
- Liegen die Tatbestandsvoraussetzungen des § 25a Abs. 1 Satz 1 AufenthG vor, ist in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, während eine Versagung nur in Ausnahmefällen bei Vorliegen atypischer Umstände in Betracht kommt.
- Wenn der Jugendliche im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a Abs. 1 AufenthG ist und keine Tatbestände dagegensprechen, sollen Aufenthaltserlaubnisse nach § 25a Abs. 2 AufenthG für folgende Personen erteilt werden, wobei eine Ablehnung nur in atypischen Ausnahmefällen in Betracht kommt:
  - den Eltern oder dem allein personensorgeberechtigten Elternteil
  - den Geschwistern
  - weiteren mit den Eltern oder dem allein personensorgeberechtigten Elternteil in familiärer Lebensgemeinschaft lebenden minderjährigen Kindern
  - Ehe- bzw. Lebenspartnerin und -partner der Eltern oder des allein personensorgeberechtigten Elternteils, wenn sie oder er mit in der familiären Lebensgemeinschaft leben
- Falls eine Aufenthaltserlaubnis nicht in Betracht kommt, soll eine Duldung für die oben genannten Personen erteilt werden (§ 60a Abs. 2b AufenthG), wenn der bzw. die Jugendliche im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a Abs. 1 AufenthG ist und eine familiäre Lebensgemeinschaft besteht. Eine Ablehnung kommt nur in

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

atypischen Ausnahmefällen in Betracht. Kettenduldungen sollen vermieden werden, hier kommt auch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach den geltenden aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen in Betracht.

- Für die oben genannten Personen wird gem. § 25a Abs. 2 AufenthG – entgegen der unter § 25a Abs. 1 Satz 1 AufenthG normierten Voraussetzungen – keine Mindestaufenthaltszeit verlangt.
- Eine schutzwürdige familiäre Lebensgemeinschaft erfordert zwar eine tatsächliche Anteilnahme am Leben und Aufwachsen des Kindes bzw. Jugendlichen, sie setzt jedoch nicht zwingend zugleich eine häusliche Gemeinschaft voraus, sondern kann auch bei regelmäßigem Umgang des Elternteils mit seinem Kind angenommen werden, wobei bei der Bewertung der Regelmäßigkeit die Umstände des Einzelfalls und die entsprechenden Hürden individuell berücksichtigt werden müssen.
- Sofern aufgrund der üblichen Bearbeitungsdauer erst nach Vollendung des 21. Lebensjahres über den fristgerecht eingereichten Antrag nach § 25a AufenthG entschieden werden kann, ist dies unschädlich für den Betroffenen.
- In Anbetracht der gemäß § 25a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG ohnehin geforderten Anforderungen an den Ausbildungsstand und den Gesetzeswortlaut des § 25a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 AufenthG („es gewährleistet erscheint, dass er sich […] einfügen kann“) gilt für diese Prognoseentscheidung ein sehr weit gefasster Maßstab.
- § 25a Abs. 3 AufenthG findet auf die nach § 25a Abs. 1 AufenthG Begünstigten keine Anwendung; Straftaten sind im Rahmen der zu treffenden Integrationsprognose jedoch zu würdigen.
- Eine Zurechnung von Straftaten im Familienverband erfolgt nicht. Dies bedeutet zum Beispiel, dass Straftaten eines Elternteils, die die Grenze des § 25a Abs. 3 AufenthG überschreiten, die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25a Abs. 2 AufenthG an den anderen Elternteil und eventuell vorhandene minderjährige Geschwister nicht hindern.
- Das Ermessen im Rahmen der Titelerteilung nach § 25a Abs. 2 Satz 1 AufenthG ist im Hinblick auf Art. 6 Grundgesetz (GG) und Art. 8 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) regelmäßig zugunsten der Betroffenen auszuüben, wenn die Erteilungsvoraussetzungen vorliegen.
- Betreffend § 11 Abs. 4 Satz 2 AufenthG ist zu beachten, dass ein bestehendes Einreise- und Aufenthaltsverbot aufgehoben werden soll, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 25a AufenthG vorliegen.
- Der Familiennachzug zu Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25a Abs. 1 AufenthG besitzen, soll gewährt werden.
- Bei der Lebensunterhaltssicherung u. a. nach § 25a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 AufenthG ist bzgl. Familien mit minderjährigen Kindern sowie bei Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern insbesondere zu berücksichtigen, dass die Eltern oder ein Elternteil aufgrund der Kinder ggfs. nicht in vollem Umfang erwerbstätig sein können und daher insgesamt auch nur ein geringeres Einkommen zur Verfügung steht. Dies darf den Betroffenen in der Gesamtbetrachtung nicht negativ angerechnet werden.
- In Fällen besonders herausragender Schulleistungen oder bei nachweislich unverschuldet verzögertem Bildungszugang besteht die Möglichkeit, auch bei einem kürzeren erfolgreichen Schulbesuch die Aufenthaltserlaubnis nach § 25a Abs. 1 AufenthG zu erteilen.
- Sofern das Erreichen eines anerkannten Schulabschlusses wegen einer körperlichen oder geistigen Krankheit oder Behinderung nicht zu erwarten ist, ist in entsprechender Anwendung des § 9 Abs. 2 Satz 3 AufenthG von dieser Voraussetzung abzusehen. Unter Berücksichtigung und Würdigung der Umstände des jeweiligen Einzelfalls ist ggfs. zu prüfen, ob die Betroffenen ihre gesetzliche Schulpflicht grundsätzlich erfüllen und sie die an sie gestellten schulischen Anforderungen/Lernziele entsprechend ihrer Fähigkeiten/Möglichkeiten erfüllen bzw. erreichen. Die vorliegenden Krankheiten oder Behinderungen sind hierbei entsprechend zu würdigen.

– Ein erfolgreicher Schulbesuch liegt auch dann vor, wenn – auch ohne anerkannten Schulabschluss – im Rahmen eines anerkannten Ausbildungsberufs regelmäßig eine berufsbildende Schule besucht wird und zu erwarten ist, dass im Rahmen des erfolgreichen Berufsschulabschlusses ein anerkannter Schulabschluss erworben wird.

– Sofern der Herkunftsstaat die Ausstellung eines Nationalpasses an die Ableistung des Wehrdienstes knüpft, muss bei der Frage der Zumutbarkeit geprüft werden, ob nach analoger Anwendung der Kriterien gemäß § 12 Abs. 4 Wehrpflichtgesetz (WPflG) ein Zurückstellungsgrund gegeben wäre. Wäre dies der Fall, erfolgt für den Betroffenen die Ausstellung eines Ausweisersatzes, da eine Wehrdienstverpflichtung nicht zumutbar ist. Gemäß § 12 Abs. 4 Satz 2 Nr. 3 Buchst. a und e WPflG gilt dies auch analog in Fällen, in denen eine bereits begonnene, zu einem schulischen Abschluss führende, Ausbildung oder Berufsausbildung unterbrochen werden müsste oder die Aufnahme einer schriftlich zugesagten Berufsausbildung verhindert werden würde. Dies ist ausdrücklich auch dann der Fall, wenn die geplante oder bereits angefangene Ausbildung in Deutschland und nicht im Herkunftsstaat verortet ist.

Begründung:

Obwohl die Familie nach Art. 6 GG unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung steht und die Familieneinheit in Deutschland von besonderer Bedeutung ist, kommt es vor, während und/oder nach Abschluss eines Asylverfahrens oftmals zur Trennung von familiären bzw. familiär gleichzusetzenden Strukturen. Das Recht auf Schutz des Familienlebens, welches ebenfalls ein Menschenrecht nach Art. 8 EMRK sowie Art. 12 und 16 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte darstellt, wird somit bisher nur selektiv gewährt. Sofern keine schwerwiegenden Straftaten dagegensprechen, gilt es, diese Trennung unbedingt zu vermeiden. Deutschland hat sich zudem mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention dazu verpflichtet, das Kindeswohl in Deutschland im besonderen Maße zu achten – unabhängig von Nationalität oder Aufenthaltsstatus. Es muss der Grundsatz gelten, dass Familien mit Fluchtgeschichten weder temporär noch dauerhaft getrennt werden dürfen. Die zuständigen Behörden in Bayern sind gehalten, u. a. die entsprechenden Auslegungshilfen und operativen Hinweise der gemeinsamen Leitlinien von UNHCR und UNICEF zur Bestimmung des Kindeswohls zu berücksichtigen.

Wie es in der Zusammenfassung der Studie „Child-sensitive return“ von UNICEF von November 2019 bezugnehmend auf Art. 3 der UN-Kinderrechtskonvention heißt, sind in Deutschland alle „Gerichte, Verwaltungsbehörden, öffentliche oder private Einrichtungen der sozialen Fürsorge und Gesetzgebungsorgane von Bund, Ländern und Kommunen [angehalten], bei allen das Kind betreffenden Entscheidungen und Maßnahmen das Wohl und die Interessen des Kindes vorrangig zu berücksichtigen“. Die Studie zeigt jedoch, dass das Wohl von geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Asylverfahren in Deutschland nicht ausreichend Berücksichtigung findet. Es gilt, das Kindeswohl auch bei Asylangelegenheiten speziell betreffend das Aufenthaltsrecht vollumfänglich zu schützen. Dies ist im ersten Schritt durch einheitliche Anwendungshinweise des AufenthG im Rahmen eines Innenministeriellen Schreibens (IMS) für bayerische Ausländerbehörden umzusetzen.

Während die Gesetzgebungskompetenz in asylrechtlichen Angelegenheiten zwar grundsätzlich dem Bund obliegt, ist den Bundesländern teilweise ein gesetzlicher Ermessensspielraum zur praktischen Ausgestaltung überlassen. Mehrere Bundesländer, wie beispielsweise Niedersachen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, haben diesbezüglich Anwendungshinweise für die Ausländerbehörden erlassen, um eine faire und einheitliche Vollzugspraxis zu gewährleisten. Aus der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Alexandra Hiersemann „Erteilung von Ausbildungsduldungen und Aufenthaltserlaubnissen für Geduldete“ (Drs. 18/14354) geht jedoch hervor, dass es seitens der Staatsregierung in Bayern keinerlei Vorgaben,

Empfehlungen oder Weisungen hinsichtlich verschiedener asylpolitischer Tatbestandsmerkmale speziell im Zusammenhang mit Kindern in der Familie gibt (vgl. Ziff. 5.a-c). Einheitliche Richtlinien betreffend die Erteilung von Duldungen und Aufenthaltserlaubnissen sind dabei – vor allem mit Blick auf Schul- und Ausbildungsleistungen, potenzielle Familientrennungen sowie die psychische Gesundheit von minderjährigen Geflüchteten – für den Schutz des Kindeswohls von fundamentaler Bedeutung. Die geringen Zahlen von Aufenthaltserlaubnissen nach § 25a und 25b AufenthG sprechen ferner gegen die Darstellung in Antwort 6 b der Drs. 18/14354, wonach das Kindeswohl „bei der Beurteilung jedes konkreten Einzelfalls Berücksichtigung“ finden würde. Der vollumfängliche Schutz des Kindeswohls kann dabei jedoch nur durch eine einheitliche und humane Vollzugspraxis der bayerischen Ausländerbehörden und durch klar definierte Handlungsempfehlungen gewährleistet werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.09.2021 **Drucksache** 18/**18213**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Tasdelen u.a. SPD
Drs. 18/**17208**

Einheitliche Weisungen zum Schutz des Kindeswohls während und nach Asylverfahren

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Alexandra Hiersemann**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 30. September 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.10.2021 **Drucksache** 18/**18592**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Stefan Schuster, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Drs. 18/**17208**, 18/**18213**

Einheitliche Weisungen zum Schutz des Kindeswohls während und nach Asylverfahren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Fraktionslose sehe ich heute keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung
COM(2021) 420 final
BR-Drs. 739/21
Drs. 18/18482, 18/18546

   Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849
COM(2021) 423 final
BR-Drs. 740/21
Drs. 18/18483, 18/18547

   Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z

3. ggf. weitere Subsidiaritätsangelegenheiten

   Es liegen keine weiteren Susidiaritätsangelegenheiten vor.

Verfassungsstreitigkeiten

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. September 2021 (Vf. 49-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Satzung über die Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke, Einfriedungen und die Begrünung baulicher Anlagen in der Stadt Regensburg (Freiflächengestaltungssatzung – FGS) der Stadt Regensburg vom 3. Februar 2020 (ABl Nr. 7)
PII-G1310.21-0017
Drs. 18/18513 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

5. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Zweiter Senat - vom 4. August 2021 (2 BvR 917/20 und 2 BvR 314/21) betreffend
1. Verfassungsbeschwerde gegen
a) den Beschluss des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 30. April 2020 – 204 StObWs 47/20 –,
b) den Beschluss des Landgerichts Regensburg – auswärtige Strafvollstreckungskammer bei dem Amtsgericht Straubing – vom 9. Dezember 2019 – SR StVK 804/19 –
– 2 BvR 917/20 –
2. Verfassungsbeschwerde gegen
a) den Beschluss des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 8. Januar 2021 – 203 StObWs 386/20 –,
b) den Beschluss des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 17. November 2020 – 203 StObWs 386/20 –,
c) den Beschluss des Landgerichts Regensburg vom 19. August 2020 – SR StVK 484/20 –,
d) den Bescheid der Justizvollzugsanstalt Straubing vom 9. Juni 2020 – 2 C - 182/2015 –
– 2 BvR 314/21 –
PII-G1320.21
Drs. 18/18516 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinder mit Behinderung wirksam vor Gewalt schützen: Gefährdungslage wissenschaftlich erfassen
Drs. 18/15964, 18/18397 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP), Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerischen Rettungsschirm für therapeutische Einrichtungen der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung aufsetzen!
Drs. 18/15977, 18/18412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Potenzial der Kindertagespflege ausschöpfen: Rahmenbedingungen strukturiert erfassen!
Drs. 18/16290, 18/18398 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt VI – Würdevolle und wertschätzende Behandlung der Opfer von rechten Terroranschlägen durch die für Hilfsleistungen zuständigen Behörden
Drs. 18/16515, 18/18399 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderbetreuungsstudie Bayern: Fachkräftebedarf und Lösungswege aus dem eklatanten Personalmangel
Drs. 18/16526, 18/18404 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	Z

11. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Markus Rinderspacher, Florian von Brunn u.a. SPD
Solarcarports in Bayern
Drs. 18/16538, 18/18499 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Folgen von COVID-19: Versorgung verbessern, Beratung stärken, Wissenstransfer sichern
Drs. 18/16541, 18/18464 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Eric Beißwenger, Sandro Kirchner u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Social Entrepreneurship sichtbar machen und unterstützen
Drs. 18/16543, 18/18509 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Potenzial in der Gastronomie freisetzen – Arbeit auf Abruf für Gastronomen und Beschäftigte erleichtern
Drs. 18/16552, 18/18510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Z

15. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Mit Nächstenliebe Kinderwunsch erfüllen
Drs. 18/16570, 18/18465 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Potenzial in der Gastronomie freisetzen – Flexible Wochenarbeitszeit einführen
Drs. 18/16574, 18/18511 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	Z

17. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch u.a. SPD
Erstattung pandemiebedingter Nebenkosten für alle sozialen Träger in Bayern
Drs. 18/16603, 18/18405 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch u.a. SPD
Öffnung der Förderrichtlinie SeLA für aufsuchende Seniorenarbeit
Drs. 18/16604, 18/18406 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Keine Förderung schwimmender PV-Anlagen – Gewässerökologie und Landschaftsbild nicht der Energiewende opfern
Drs. 18/16669, 18/18500 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Beteiligung von Abgeordneten des Landtags an der Arbeit des Bündnisses für frühkindliche Bildung
Drs. 18/16726, 18/18407 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	A	Z

21. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Kindertagespflege in die Arbeit des Bündnisses für frühkindliche Bildung einbeziehen
Drs. 18/16727, 18/18408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Elternbeteiligung im Bündnis für frühkindliche Bildung stärken
Drs. 18/16728, 18/18409 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jugend und Subkultur nicht in die Illegalität drängen – Unbestuhlte Veranstaltungen im Außenbereich erlauben und Öffnungsstrategie für unbestuhlte Musikveranstaltungen in Innenräumen gemeinsam mit den Betroffenen entwickeln
Drs. 18/16785, 18/18422 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Florian Ritter, Klaus Adelt u.a. SPD
Für eine Interessenvertretung auf Augenhöhe: Stärkung der Personalvertretungen in Bayern
Drs. 18/16820, 18/18164 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

25. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Doris Rauscher, Michael Busch u.a. SPD
Der Start muss gelingen – Erst- und Zweitklässler besonders unterstützen
Drs. 18/16821, 18/18456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch u.a. SPD
Seniorenbeauftragte in den Kommunen fördern!
Drs. 18/16835, 18/18410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

27. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Michael Busch u.a. SPD
Problemlagen erkennen und bekämpfen – Anhörung zur Situation der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
Drs. 18/16837, 18/18455 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erfahrungsbericht über die modellhafte Einführung der Mini-Kita
Drs. 18/16845, 18/18411 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Gerd Mannes, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Stabile Altersvorsorge sichern –
BayernFonds in einen kapitalgedeckten Staatsfonds umwandeln
Drs. 18/16869, 18/18512 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit I – Parlamentarische Partnerschaft und Regierungszusammenarbeit auf neue Ebene heben
Drs. 18/16880, 18/18367 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit II –
Kulturelle und wirtschaftliche Chancen der Grenzregion nutzen, Sprachoffensive starten
Drs. 18/16881, 18/18368 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit III –
Grünes Band zum interkulturellen Ort der Begegnung und gemeinsamen Umweltschutzprojekt entwickeln
Drs. 18/16882, 18/18369 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit IV –
Studie zum Kooperationspotential im Gesundheitssektor
Drs. 18/16883, 18/18370 (A)

Antrag der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit V –
Hochschulkooperation ausweiten
Drs. 18/16884, 18/18371 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit VI –
Lagebericht über finanzielle Förderung
Drs. 18/16885, 18/18372 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
BayernFonds und Bayerische Finanzagentur I
Drs. 18/16917, 18/18514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

37. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
BayernFonds und Bayerische Finanzagentur II
Drs. 18/16918, 18/18515 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

38. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Palliativ- und Hospizversorgung verbessern I: Palliativbeauftragte als Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung
Drs. 18/16925, 18/18466 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Palliativ- und Hospizversorgung verbessern II: Ambulante palliative Versorgungsstrukturen evaluieren
Drs. 18/16926, 18/18467 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Palliativ- und Hospizversorgung verbessern III: Regionale Vernetzung fördern
Drs. 18/16927, 18/18468 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Integrierte Lehrerreserve an Realschulen und Gymnasien ab dem Schuljahr 2021/2022 dauerhaft aufstocken
Drs. 18/17056, 18/18457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

42. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Arif Taşdelen, Florian Ritter u.a. SPD
Sommerferien nutzen – Schulen jetzt pandemiefest machen!
Drs. 18/17057, 18/18458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	ENTH	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Impulse für die bayerisch-tschechische Freundschaft in und nach der Pandemie
Drs. 18/17058, 18/18373 (ENTH)

Antrag der AfD-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konzept, Ausschreibungs- und Vergabefahren Reichsparteitagsgelände und Rundbausegment Kongresshalle
Drs. 18/17059, 18/18459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und -bewerber einführen
Drs. 18/17063, 18/18212 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fitness- und Gesundheitszustand im Schulsport erfassen
Drs. 18/17065, 18/18460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über künftige Nutzung der Hans-Albers-Villa durch TUM, vertraglich gesicherte Nutzungsmöglichkeit für Kulturverein Garatshausen und öffentliche Zugänglichkeit der Parkanlage
Drs. 18/17067, 18/18492 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Lehrkräfte mit Flucht- und Migrationshintergrund gewinnen
Drs. 18/17068, 18/18461 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

49. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Heuschnupfen – Prävention ausbauen – Betroffene unterstützen
Drs. 18/17085, 18/18469 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

50. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Musische Gymnasien in Bayern stärken – Wertschätzung für junge Musikerinnen und Musiker zum Ausdruck bringen
Drs. 18/17090, 18/18462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

51. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Sektoren überwinden – Rechtsgrundlage für sektorenverbindende Versorgung schaffen
Drs. 18/17190, 18/18470 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

52. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht zu Sicherheitslücken im Videokonferenztool Visavid
Drs. 18/17193, 18/18463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

53. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Einheitliche Weisungen zum Schutz des Kindeswohls während und nach Asylverfahren
Drs. 18/17208, 18/18213 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

54. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Das Kindeswohl von Geflüchteten während und nach der Coronapandemie stärker in den Fokus rücken!
Drs. 18/17210, 18/18214 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

55. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Studie zum Kindeswohl geflüchteter Kinder, Jugendlicher und Heranwachsender im Asylverfahren
Drs. 18/17212, 18/18215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

56. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerns Bevölkerung vor Grippe schützen:
Arztpraxen bei Grippeimpfungen unterstützen –
Jetzt vorsorgen für die Grippesaison 2021/2022
Drs. 18/17215, 18/18471 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

57. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Programm zur Aufnahme von geflüchteten Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden
Drs. 18/17223, 18/18216 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

58. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein modernes Personalvertretungsrecht in Bayern
Drs. 18/17866, 18/18168 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	Z	Z